

David Harvey: Der neue Imperialismus, VSA-Verlag Hamburg 2005, 236 S. (22,80 €)

»Der neue Imperialismus« nennt der VSA-Verlag Hamburg eine von ihm 2005 im Nachdruck veröffentlichte Vorlesungsreihe, die sogenannten Clarendon-Vorträge, die Professor David Harvey unmittelbar im Vorfeld des Beginns des jüngsten Irakkrieges 2003 an der Universität Oxford, genauer an der School of Geography and the Environment, gehalten hat.

Der gebürtige Brite Harvey, der als junger Mann noch die letzten Zuckungen des British Empire erlebte, erzählt in einer für die deutsche Linke unvorstellbar freien, unverkrampften und unzensurierten Sprache von imperialer internationaler Politik, deren Protagonist für ihn die Vereinigten Staaten sind. Der Fall des britischen Imperiums, der Aufstieg des Hegemons USA und sein stetig unverhohleres Streben nach imperialer Macht, also erlebter Niedergang und Werden von Imperien, schließlich die Endlichkeit von Machtkonstellationen, scheinen Harvey die Möglichkeit zu schenken, wenig verbissen und dennoch präzise in der Analyse dessen vorzugehen, was er als den »neuen« Imperialismus bezeichnet.

David Harvey, Professor für Anthropologie am Graduate Center der City University of New York, hat sich mit den Clarendon-Vorträgen das Ziel gestellt, den Zustand des globalen Kapitalismus zu betrachten und dabei zu prüfen, welche Rolle dabei einem möglicherweise »neuen« Imperialismus zukommt. Seinen theoretischen Zugang bezeichnet er als historisch-geographischen Materialismus. Leicht lässt sich darin die Perspektive des Marxisten erkennen, der die internationalen Beziehungen unter geostrategischen Gesichtspunkten analysiert und dabei auch auf in Verruf geratene Kategorien und Begrifflichkeiten nicht verzichten möchte. Wohl eher keine postmoderne Analysemethode. Vielleicht gerade deshalb jedoch erklärungs mächtig.

Natürlich leugnen die technologisch entwickelten postmodernen Demokratien, dass ihre Außenpolitik imperiale Züge trägt. Natürlich trägt das Wort Imperialismus einen bitteren Beigeschmack, zumindest für die bürgerliche Gesellschaft. Den eigenen Wohlstand auch aus der Unterdrückung anderer Länder zu erklären,

bedeutete für eine Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit oder ähnliches postulierende Gemeinschaft, nach Alternativen suchen zu müssen und sich und den eigenen Wohlstand zu hinterfragen. Um diese Fragen nicht stellen zu müssen und die Instrumente derjenigen, die diese Fragen weiterhin stellen, unnutzbar zu machen, werden wissenschaftliche Kategorien und Begrifflichkeiten einfach für »ideologisch« – ein wirklich schlimmes Schimpfwort – erklärt oder als veraltet, als »von gestern« – und somit unbrauchbar – dargestellt.

Harvey kümmert dies nicht. Und es braucht ihn auch nicht zu kümmern. Denn er führt etliche Zitate an, in denen Apologeten und Protagonisten des »neuen« Imperialismus ihre Politik mit genau den Begriffen erklären, die aus dem Munde oder der Feder ihrer Kritiker angeblich nur denunziatorisch gebraucht werden. Hier wird gesprochen von »aufgeklärter Verwaltung aus dem Ausland«, dort vom »Übergang von der inoffiziellen zur offiziellen Imperialmacht«. Hier wird der Ausbau des »Empire lite« hin zu einer wirklichen »Pax Americana« gefordert (S. 11-12).

Solche Überlegungen sind nicht neu. Was fehlte, war der Anlass, sie in die Tat umsetzen zu können und – man möchte aus der Perspektive der Neokonservativen in der Bush-Administration hinzufügen: endlich – den US-amerikanischen Herrschafts- und Führungsanspruch auf der Welt verbreiten. Auch militärisch. Den idealen Anlaß bot der terroristische Angriff am 11. September 2001. Der dann proklamierte »Krieg gegen den Terror« war die eigentliche Herrschafterklärung. Die Erhebung des Imperiums. Wer herrschen will, muß über die notwendigen Ressourcen verfügen. Geostrategisch gesprochen: »Wer immer den Mittleren Osten kontrolliert, kontrolliert den globalen Ölhahn, und wer immer den globalen Ölhahn kontrolliert, kann zumindest in naher Zukunft die Weltwirtschaft kontrollieren« (S. 26). Der 11. September und die Reaktion der Bush-Administration kennzeichnen den entscheidenden Politikwechsel vom Einsatz vornehmlich von »soft powers« (IWF, Weltbank, auch die UNO) hin zu »hard powers«: offenen und unilateralen militärischen Aktionen. Die USA im geopolitischen Vorwärtsdrang (S. 30), um ihre Vormachtstellung zu verteidigen. Denn: »Wie könnten die USA [...] Konkurrenz besser abwehren und ihre

eigene hegemoniale Position sichern, als indem sie den Preis, die Bedingungen und die Verteilung der wirtschaftlichen Schlüsselressource kontrollieren, auf die diese Konkurrenten angewiesen sind?» (S. 32).

Durch imperialistische Politik, die sich bei Harvey zusammensetzt aus zwei Logiken der Macht: der territorialen, politischen und der kapitalistischen Logik der Macht. Beide Logiken befinden sich in einer dialektischen Beziehung, die laut Harvey die Grundlage für eine Analyse des kapitalistischen Imperialismus bildet (S. 37). Im Grunde genommen bedürfen beide Logiken einander und behindern sich gleichzeitig: die expansive, nicht raumgebundene Logik akkumulierten Kapitals, das nach weltweiter Verwertung ruft, und die raumgebundene Logik politischer Macht, die dem Kapital den notwendigen Rahmen zur Verfügung stellen muss und gleichzeitig darauf angewiesen ist, den Wohlstand an das eigene Territorium zu koppeln.

Das Buch ist in fünf Kapitel untergliedert. Kapitel 1 (Es geht nur ums Öl) liefert den geostrategischen Zugang. Kapitel 2 (Wie Amerikas Macht wuchs) stellt die historische Entwicklung der Hegemonie der Vereinigten Staaten unter Rückgriff auf die territoriale Logik der Macht dar. Kapitel 3 (Die Unterjochung des Kapitals) untersucht die Funktionsweisen der kapitalistischen Logik der Macht, ist mithin eine Analyse des modernen Kapitalismus. Kapitel 4 (Akkumulation durch Enteignung) knüpft an die Analyse des dritten Kapitels an und beleuchtet die Akkumulationsprozesse sowohl aus historischer Sicht (Luxemburg, Marx) als auch in der Gegenwart. Kapitel 5 (Vom Konsens zum Zwang) schließlich skizziert den Wechsel der US-amerikanischen Außenpolitik unter den Vorzeichen des Neokonservatismus, des an konservative Werte gebundenen aggressiven Neoliberalismus.

Das Ergebnis einer solchen Politik, das sich u. a. im Irak manifestiert, wurde vom Londoner *Economist* als der »Traum jedes Kapitalisten« bezeichnet. Der Fundamentalismus des freien Marktes kennzeichnet die Politik des »neuen« Imperialismus.

Harvey benennt dies in Deutlichkeit und erklärt es unter Zuhilfenahme tiefgreifender Analyse. Ein komplexes Thema, ein brillanter Analytiker, ein in sich komplexes Buch: Harvey sollte man gelesen haben.

MARTIN SCHIRDEWAN

Wolfgang Stegemann:
Fürstenberg/Havel – Ravensbrück.
Beiträge zur Kulturgeschichte
einer Region zwischen Branden-
burg und Mecklenburg, Bd. 1:
Von den Anfängen bis zum Beginn
des 20. Jh., Hentrich & Hentrich
Tetz 2000, 404 S.
Ders./Wolfgang Jacobeit (Hrsg.):
Fürstenberg/Havel – Beiträge zur
Alltags- und Sozialgeschichte
einer Region zwischen Branden-
burg und Mecklenburg, Bd. 2:
Im Wechsel der Machtssysteme
des 20. Jh., Hentrich & Hentrich
Tetz 2004, 566 S. (23 €).

Eine Kleinstadt mit einer fast 1000seitigen Dokumentation ihrer Geschichte vom Jungpaläolithikum bis zum Anfang dieses Jahrtausends mit dem »Versuch einer Zukunftsvision« – wo gibt es das? In Fürstenberg/Havel samt Ortsteil Ravensbrück (und auch diese Integration ist eine historische Qualifikation)!

»Für den Nachweis menschlicher Besiedlung unserer Gegend setzt uns das Ende der letzten Eiszeit die am weitesten zurückliegende zeitliche Grenze«, beginnt Wolfgang Stegemann seinen Band 1 der großen Fürstenberger Historie. Sorgfältig zählt er »eine beidseitig retuschierte asymmetrische Rückenspitze« aus Feuerstein, ein einseitig retuschiertes Gerät dieser Art und eine »Stielspitze« aus dem genannten Material auf, die als Fundstücke belegen, »dass das Tal der Steinavel bereits vor ca. 10 000 Jahren von steinzeitlichen Rentierjägern durchstreift wurde«. Die Entdecker von Funden werden genannt, und auch das macht dieses opus magnum von der Eiszeit bis zur Zukunft zu einer kooperativen Leistung, wenn die Herausgeber auch die Hauptlast tragen und Stegemann diese für den ersten Band allein. Hier haben sich die Professionalität des Historikers und die Professionalität eines Ehrenamtlers (und Enthusiasten) glücklich getroffen: Mit der Begeisterung und Nachhaltigkeit des für die Geschichte seiner Region Engagierten in die Zunft der Historiker!

Beide Herausgeber weisen auf die Grenzen ihrer Arbeitsfähigkeit hin: Sie konnten nicht einzelnen Archivalien nachgehen; sie haben mit umso mehr Menschen gesprochen und viele für die Mitarbeit gewonnen.

Stegemann beschreibt die slawische und deutsche Besiedlung ebenso wie die Fürstenberger Grafschaft im Mittelalter. Dazu treten Darstellungen von lokaler Agrar-, Handwerks- und Industriegeschichte. Prägende Persönlichkeiten werden gewürdigt, darunter der Rektor Wille Schulz (1881-1952), der für viele Lebende noch ein Zeitgenosse war. In diesem Band werden die Namen der jüdischen Fürstenberger aufbewahrt und z. B. auch die der »allhier wohnenden Ausländer zu Ravensbrück« (1774). Namenslisten in anderen Sachzusammenhängen folgen. Die Flurnamen werden festgehalten und insgesamt materielle und ideelle Geschichte, die zusammen die Würde und Bürde einer Stadt ausmachen.

Im zweiten Band kulminiert die Zusammenarbeit der beiden Herausgeber. Am Schluß zählen sie dankbar auf einer ganzen Seite die Mitwirkenden auf, ohne die eine solche Arbeit nicht zu denken wäre. Aus den Schätzen des »Fürstenberger Anzeigers«, mündlicher und schriftlicher Erinnerungen entfaltet sich die Stadt vom Kaiserreich bis in die Bundesrepublik (mit einer deutschen Familie aus Usbekistan – auf S. 529 ein berührendes Gedicht aus der Familie), mit starken Beiträgen zu 1933/45 und einer selten so konsequent verfolgten Partizipation am Schicksal Ravensbrücks, an den Wegen seiner Täter und Opfer nach 1933 und nach 1945, seiner Weiternutzung durch die Rote Armee. Feinarbeit wurde vollbracht, um die Erinnerungen an Begegnungen mit den sowjetischen Soldaten (präsent in sechsfacher Überzahl zur Bevölkerung) zu bewahren, schlimme, normale, alltägliche, bewegend. Der kleine Aufsatz »Ein Fürstenberger Kommunist erzählt«: nichts Weltbewegendes, vieles sehr bekannt, aber er hat in der Stadt gelebt und ist in ihr gegenwärtig, findet seinen Platz, muss ihn ja finden in einer historischen Darstellung, die – wie hier – diesen Namen verdient.

Stegemann erzählt seine anderen Erfahrungen mit der DDR nebst ihren Sicherheitsorganen – und vermag als Herausgeber auch diesen Beitrag auszuhalten.

Spannend die jeweiligen Berichte zu den Zeiten des Machtvakuum nach den einzelnen Sys-

temabbrüchen und das Ringen um die Ravensbrücker Gedenkstätte, um ihren Platz in der Bevölkerung, in der Stadt und einer transparenten Geschichte.

Persönlich hat mich die Spurensicherung auf dem Weg des Olof-Palme-Friedensmarsches von Ravensbrück nach Sachsenhausen (1987) berührt: Die Teilnahme daran bedeutete für unseren damals dreizehnjährigen Sohn eine politische Initialzündung, und in diesem Band werden über einen solchen subjektiven Eindruck hinaus die historischen und politischen Bedingungen eines außerordentlichen Vorgangs objektiviert und für die Nachwelt fixiert. Diese »Heimatkunde« steht in weitgreifenden historischen Zusammenhängen und besteht sie. Ein Glücksfall!

JENS LANGER

Riccardo Bavaj:
Von links gegen Weimar. Linkes antiparlamentarisches Denken in der Weimarer Republik,
J. H. W. Dietz Nachf. Bonn 2005,
535 S. (38 €)

Vor über 40 Jahren veröffentlichte Kurt Sontheimer seine »Studie über antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik«. Der kürzlich verstorbene Politologe setzte sich seinerzeit hauptsächlich mit den politischen Ideen der nationalistischen Rechten auseinander, die seines Erachtens maßgeblich zum unrühmlichen Ende der ersten deutschen Republik beigetragen hatten. An diesem Werk knüpft nun Riccardo Bavaj mit seiner Dissertationsschrift an. Er gibt zu bedenken, dass auch die radikale Linke einen Anteil am Untergang der ersten deutschen Demokratie gehabt habe. Deren Ideenwelt möchte er nun in seiner Gesamtdarstellung ergründen. Denn bis heute sei »eine übergreifende, um historiographische Objektivität bemühte Darstellung des linksextremen Denkens während der Weimarer Republik ein zentrales Desiderat der Geschichtswissenschaft« (S. 16).

In knapp dreißig Kurzkapiteln stellt Bavaj die unterschiedlichsten Organisationen und Vordenker der Weimarer Linken vor und versucht,

so die Forschungslücke zu schließen. Hierbei beschränkt er sich nicht nur auf die parteipolitische Ebene, sondern legt ebenso einen Schwerpunkt auf das Wirken und Denken linker Intellektueller. Dementsprechend betrachtet er nicht nur KPD, USPD oder Leninbund, sondern auch die Berliner Dada-Gruppe, die Münchener Bohème oder Franz Pfemferts Zeitschrift »Die Aktion«. Die politische Spanne der Untersuchten reicht von den Bremer Linksradikalen bis zu oppositionellen Sozialdemokraten oder – um es an Personen festzumachen – vom Linkskommunisten Karl Korsch bis zum parteilosen Intellektuellen Carl von Ossietzky.

Was diese einzelnen Gruppen und Personen laut Bavaj einte, war ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Weimarer System. Anders als für Sontheimer liegt für ihn das Problem der mangelnden Anerkennung der Republik weniger im »antidemokratischen« als im stark ausgeprägten »antiparlamentarischen« Denken der Rechten und Linken. So gesteht er zwar ein, dass gerade die Linke durchaus über unterschiedliche demokratische Gesellschaftsentwürfe verfügt habe, diese aber nicht mit der parlamentarischen Demokratie vereinbar gewesen seien.

Die antiparlamentarische Haltung sei bei den meisten vorgestellten Organisationen und Intellektuellen schon von Anbeginn der Republik vorhanden gewesen. Bei einigen hätte sie sich erst im Laufe der Zeit entwickelt: »Nicht wenige Anhänger der sozialistischen Strömung überschritten 1926/27, bislang von der Forschung kaum wahrgenommen, jene Schwelle, die eine punktuelle Kritik am parlamentarischen ›System‹ Weimars von prinzipiellem Antiparlamentarismus schied« (S. 489). Dies gelte insbesondere für Kurt Tucholsky und Carl von Ossietzky.

In akribischer Kleinarbeit untersucht Bavaj auf knapp 500 Seiten die Publikationen und Reden der verschiedenen Linken. Anhand unzähliger Zitate zeigt er deren ablehnende Haltung gegenüber der Republik auf und kommt zu dem Schluß: »Letztlich [...] sollte kaum einer vom linken antiparlamentarischen Denken zur Weimarer Zeit so profitieren wie sein schärfster Gegner: Adolf Hitler. Es scheint äußerst zweifelhaft, ja unwahrscheinlich, dass Hitler auch ohne die nicht intendierte Schützenhilfe der extremen Linken an die Macht gelangt wäre« (S. 497).

An diesem Fazit wird die Problematik des gesamten Buches deutlich. Bavaj ignoriert konsequent die Wechselwirkung zwischen Ideen und gesellschaftlichen Entwicklungen. Ohne Frage enthält seine These einen wahren Kern. Tatsächlich besteht ein Zusammenhang zwischen dem Ende von Weimar und der radikalen Linken. Ohne deren Erstarren infolge der Wirtschaftskrise und ohne die Angst der Eliten vor einem Bürgerkrieg wäre Hitler wahrscheinlich nie Kanzler geworden. Auch die Tatsache, dass die Linke sich vor allem untereinander bekämpft hat – allen voran die KPD mit ihren Angriffen gegen die »Sozialfaschisten« der SPD –, trug zur Stärkung der Nationalsozialisten bei. Aber all diese Fakten ignoriert Bavaj.

Statt dessen geht er von einem abstrakten linken Antiparlamentarismus aus, der die Republik in den Untergang getrieben hätte. Zweifellos konnten sich die antiparlamentarischen Ideen der Linken in der Weimarer Gesellschaft verankern. Aber der Frage, warum dies der Fall war, geht Bavaj nicht nach. Symptomatisch hierfür ist, dass er dem Maß des gesellschaftlichen Einflusses der verschiedenen Linken kaum Beachtung schenkt. So widmet er beispielsweise der syndikalistischen Freien Arbeiter-Union (FAU) ein ganzes Kapitel, obwohl er selbst anmerkt, dass sie innerhalb der »politischen Kultur der ersten deutschen Demokratie [...] nicht viel mehr als eine sektiererische ›Meinungsinselform« bildete« (S. 181). Gleichzeitig sucht man in Bavajs Werk vergeblich nach Bertolt Brecht als einem der prominentesten linken Parlamentarismuskritiker. Hinzu kommt, dass Bavaj die Weimarer Demokratie als positives Gegenbild zu den Vorstellungen der Linken darstellt, ohne jedoch die Vor- und Nachteile der parlamentarischen Demokratie darzustellen.

Die Grundlage für Bavajs Überlegungen ist die Totalitarismustheorie. Hierbei tut er so, als sei diese These historisches Allgemeingut und als hätte nicht in den vergangenen Jahrzehnten eine heftige Kontroverse hierüber stattgefunden. Eine Auseinandersetzung mit den wichtigsten Totalitarismustheoretikern fehlt völlig. Den Totalitarismusbegriff dennoch als Analyserahmen zu verwenden, ist wissenschaftlich nicht haltbar.

Auch wenn er auf einen reichen Fundus von Quellen und Sekundärliteratur zurückgreift, läßt Bavaj mehr als einmal Forschungskontroversen unbeachtet. So geht er beispielsweise in

dem Kapitel über die KPD unzureichend auf die »Stalinisierungs«-Debatte ein. Um die Entwicklung der Positionen der Kommunisten angemessen darzustellen, wäre dies allerdings notwendig gewesen. Es ist ein Unterschied, ob man davon ausgeht, dass die KPD von ihren Ursprüngen her »totalitär« gewesen sei (Klaus-Michael Mallmann) oder ob sie erst einen Prozess der Stalinisierung durchlaufen musste (Hermann Weber).

Abschließend ist anzumerken, dass etwas kürzere Sätze und weniger Fremdwörter der Lesbarkeit des Buches sicher gut getan hätten. Dasselbe gilt für die Häufung wörtlicher Zitate. Aber auch das hätte nicht verhindern können, dass Riccardo Bavaj von seinem Ziel, zu klären, wie »Hitler an die Macht gelangen konnte, warum die Weimarer Republik nicht zu überleben vermochte« (S. 16) leider weit entfernt geblieben ist.

MARCEL BOIS

Stuart Hall: Ideologie, Identität, Repräsentation. Ausgewählte Schriften 4, hrsgg. von Juha Koivisto und Andreas Merkens, Argument Verlag, Hamburg 2004, 236 S. (16,90 €)

Den Herausgebern zufolge steht Stuart Hall als einer der wichtigsten Begründer von »Cultural Studies« für »eine produktive Unruhe im Denken, die sich immer wieder neuen theoretischen und politischen Fragen stellt, die Grenzen überschreitet und dabei am Anspruch festhält, das unlösbare Spannungsverhältnis zwischen Theorie und Praxis aufrechtzuerhalten«.

Diese kaum versteckte Laudatio direkt zu Beginn wirkt auf die Leserinnen und Leser wie ein Versprechen, das die nachfolgenden Texte des Bandes durchgehend einlösen können. Es finden sich in dieser vierten Ausgabe der »ausgewählten Schriften« Aufsätze aus den späten neunziger Jahren ebenso wie Texte, die schon über zwanzig Jahre alt sind. Interessanterweise sind es aber insbesondere die Texte älteren Datums, welche für theorieinteressierte Leserinnen und Leser mit dem größten Gewinn zu lesen sind.

In dem Aufsatz »Ideologie und Ökonomie. Marxismus ohne Gewähr« (der mittlerweile zu einem Klassiker der Ideologietheorie schlechthin geworden ist, so dass ein Stuart Hall zu Ehren herausgegebener Sammelband im Titel auf diesen Text anspielt) diskutiert der Autor auf einer postmarxistischen Grundlage Probleme und Herausforderungen einer materialistischen Ideologietheorie. Der Autor opponiert hier klar gegen ökonomistische und reduktionistische Theoriemodelle auf der einen und gegen eine völlige Entsorgung des Ideologie-Begriffs durch einige poststrukturalistische Strömungen auf der anderen Seite. Insbesondere für die problematischen Marxschen Vorstellungen der »Falschheit« und »Verzerrtheit« von Bewusstseinsformen wird um eine Neukonzeption gerungen, wobei Hall an Entwürfe des italienischen KP-Gründers Antonio Gramsci und des französischen Strukturalisten Louis Althusser anknüpft.

Letzterem wiederum gilt ein Großteil des nachfolgenden Aufsatzes. Hall versucht sich am schwierigen Spagat, fruchtbare Aspekte aus den Schriften des marxistischen Strukturalismus aufzugreifen, ohne allerdings die deterministischen Züge (vor allem aus »Das Kapital lesen«) einfließen zu lassen. Trotz aller notwendigen Kritik betrachtet Hall Althusser als theoretische »Schlüsselfigur« für das Verständnis von Totalität und Strukturzusammenhang; unter anderem dessen Einsichten in die Zusammenhänge von Einheit und Differenz, aber auch die Vorstellung von Ideologie als einer sozialen Praxis werden hier diskutiert. Die Relevanz von ideologischen Kämpfen veranschaulicht Hall durch die (autobiographisch untermauerte) Auseinandersetzung um die diversen Konnotationen für das Wort »schwarz«.

Stuart Halls Bemühungen, die Marxschen Kategorien einerseits einer kritischen Überprüfung zu unterziehen, sie aber andererseits zu Gunsten der Erforschungen kultureller Fragestellungen nutzbar zu machen, wird an dem ebenfalls stärker bekannt gewordenen »Kodieren/Dekodieren«-Modell deutlich. Der erstmals 1977 erschienene Aufsatz bedient sich explizit des Ansatzes, den Karl Marx in seinen »Grundrissen zur Kritik der Politischen Ökonomie« entwickelt hatte, um ein kritisches Modell zur Wirkung von televisuellen Nachrichten als einem »sinntragenden Diskurs« zu entwerfen. Bis heute von Aktualität dürfte auch Halls

These sein, dass mit jeder Nachricht bzw. deren Verwertung bevorzugte »Lesearten« transportiert werden, wodurch die politische Dimension deutlich wird. An den Text schließt sich ein 17 Jahre später protokolliertes Interview an, in dem Hall über sein Modell Auskunft gibt. Hierbei äußert er sich selbst z. T. kritisch über seine damalige Formulierung und problematisiert zentrale Annahmen derselben.

Ein historisches Repertoire von Repräsentationspraktiken zu untersuchen, ist Halls Bestreben in »Das Spektakel des ›Anderen‹«. Die Praxis der Repräsentation ist ihm zufolge immer machtverstrickt, da hierbei versucht wird, bestimmte Bedeutungen gegenüber anderen zu bevorzugen. Essenziell hierfür sei das Verständnis von »Differenz«. Hall bezieht sich (ausdrücklich selektiv) auf mehrere unterschiedliche Ansätze, um seine Argumentation zu stützen: Die sprachtheoretischen Annahmen von Saussure und Bakhtin spielen ebenso eine Rolle wie die anthropologische Theorie von Lévi-Strauss und die Psychoanalyse nach Freud und Lacan. Als eine besonders mächtige und – wie das Beispiel der Begegnungen des »Westens« mit Schwarzafrikanern deutlich macht – für die Betroffenen verhängnisvolle Repräsentationsvariante wird die Praxis der Stereotypisierung diskutiert. Diese naturalisiert und fixiert Differenzen und ermöglicht die Ausübung von Ausschluss gegen die »anders« klassifizierten.

Der Band wird abgeschlossen durch einen Beitrag Halls zur Frage des Multikulturalismus. Das Problem wird historisch am Beispiel Großbritanniens ausbuchstabiert, wobei sich Hall kritisch gegen konkurrierende Positionierungen zum Thema sowohl von kommunitaristischer wie auch von liberaler Seite äußert. Nicht zuletzt die kulturelle Neutralität und Integrationskraft des liberalen Verfassungsstaates werden von ihm in Frage gestellt.

Die Reflexionen von Stuart Hall haben wenig von ihrer Inspiration und Aktualität verloren, im Gegenteil können – und sollten sie – gerade heute Anstoß sein für eine emanzipatorische Theoriebildung, die sich mit den Herausforderungen von Globalisierung, neoliberaler Durchdringung der Gesellschaft und Politik und dem Wiedererstarken nationalistischer Strömungen konfrontiert sieht.

ALBAN WERNER

Dieter Sauer: Arbeit im Übergang. Zeitdiagnosen, VSA-Verlag Hamburg 2005, 208 S. (16,80 €)

Enormer Stress und psychische Belastungen bestimmen den Arbeitsalltag in den Betrieben. In den 80er Jahren noch sollte Gruppenarbeit durch einen »Klassenkompromiss« umgesetzt werden: Rationalisierungsmaßnahmen sollten aus Sicht der Arbeiter durch eine weitgehende Autonomie innerhalb der Arbeitsgruppen ergänzt werden. Die Realität sieht inzwischen anders aus. Gruppen bestehen meist aus »olympiareifen Teams«. Alte, kranke oder behinderte Beschäftigte werden meist ausgegrenzt. Der vom Unternehmen erzeugte Druck innerhalb der Gruppe aktiviert die Ellenbogengesellschaft im Betrieb. Zunehmende Entsolidarisierung, Anwesenheits- und Leistungsdruck sowie Leistungskontrolle innerhalb der Gruppen zählen zu den Folgen.

Die Arbeitswelt verändert sich, der Leistungsdruck der Arbeitenden nimmt zu. Dieter Sauer, Sozialforscher am Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung (ISF) in München, analysiert neue Entwicklungen. Sein klar formuliertes Ziel als Wissenschaftler: sich einmischen und gesellschaftliche Veränderungsprozesse herbeiführen.

Der Soziologe sieht eine Krise der Arbeitsforschung als »Verlust der Diagnosefähigkeit«. Noch vor über 30 Jahren war es durchaus üblich, Prognosen zu einzelnen Entwicklungslinien von Arbeit zu formulieren. Dies sei heute kaum noch feststellbar, aus Sauer's Sicht hat die Erwerbsarbeit jedoch weiter eine zentrale Bedeutung und die Arbeitsforschung eine Schlüsselrolle bei der Analyse und Erklärung von Gesellschaft. Denn der Druck auf die Beschäftigten nimmt zu. Die Bedrohungen spielen sich zwischen zwei Polen ab: dem drohenden Arbeitsplatzverlust und der Gefährdung von Gesundheit und Leben der Beschäftigten durch die Arbeitsbedingungen.

Der Vorteil dieses Bandes: Sauer analysiert die Situation in den Betrieben anhand der Vermarktlichung der Arbeitsbeziehungen mit den bekannten Folgen: Arbeitsbedingungen, die psychisch krank machen. Beschäftigte, die sich ständig überfordert fühlen. Darüber hinaus werde auch der Druck durch angedrohten oder vollzogenen Personalabbau verschärft. Sauer macht, ausgehend von seiner Beschreibung, Al-

ternativen sichtbar. Er legt kein fertiges Konzept vor, sondern benennt mögliche Ansätze.

Gegenwehr kann es nur geben, wenn die scheinbar objektiven Kennzahlen, die der Belegschaft etwa durch Renditeerwartungen vorgegeben werden, infrage gestellt werden. Sauer fordert gegen die Tendenzen einer radikalen Marktökonomie eine »eigensinnige« Arbeitspolitik. Denn »mit dem Markt kann man nicht verhandeln«. Die Qualität der Arbeit müsse wieder verstärkt zum Thema werden. In der sich zuspitzenden Lage gibt die Losung »Widerstand statt Anpassung« die Richtung eines »notwendigen Abwehrkampfes« an, so Sauer. Nur so können die Chancen wachsen, »die gegenwärtige Ohnmacht zu durchbrechen und Arbeitspolitik wieder stärker in die Offensive zu bringen«.

Eine Arbeitspolitik, die auf eine Anpassung an Marktzwänge setzt, hat von vornherein verloren. Es helfe nur Gegenwehr von Betriebsräten und Gewerkschaften. Innovative Arbeitspolitik und eine neue Qualität der Arbeit brauchen gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen, die geeignet sind, mehr und bessere Arbeitsplätze zu schaffen. Sauer hat mit »Arbeit im Übergang« eine wissenschaftliche Ausarbeitung vorgelegt, die auch in der betrieblichen Arbeit Bedeutung haben sollte.

MARCUS SCHWARZBACH

Hermann Scheer: Energieautonomie, Verlag Kunstmann München, 315 S. (19,90 €)

Die Entstehung der Großindustrie, damit die zentrale Versorgung vieler Menschen mit lebenswichtigen Konsumgütern, war ohne Elektrizität nicht möglich. Die Dampfkraft, die zu Marx' Zeiten die Muskelkraft und Wasserkraft beim Antrieb der Maschinen in den sich bildenden Fabriken ersetzte und mit deren Kraft Eisenbahnen Waren und Rohstoffe transportierten, war erst – was Marx noch nicht wissen konnte – die Vorstufe zur tatsächlichen Großproduktion, die erst mit Elektrizität möglich wurde. Großproduktion war für Lenin die Voraussetzung, um die russische Kleinproduktion zu überwinden, entstehe doch mit der Kleinpro-

duktion die privatisierte Schollenmentalität der Menschen, die den Sozialismus verhindere. So entstand sein Slogan, Kommunismus sei »Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes«. Nur die Elektrifizierung Russlands führe zur Großproduktion, ohne die Kommunismus nicht möglich sei. Jedes Kraftwerk sollte für Lenin zu einer »Stätte der Aufklärung« werden, durch die der vereinzelte Bauer ein gattungsmäßiges Bewusstsein erlangen sollte.

Hermann Scheer steht sicher in der Tradition dieser Aufklärer, ohne jedoch Leninist zu sein. Sein Buch ist ein gekonnter Angriff gegen die Energiekonzerne, für die Elektrizität Machtinstrument geworden ist. Wir haben in Europa »sieben Stromerzeuger, die 60 Prozent der Produktion, 70 Prozent des gesamten europäischen Netzes und 95 Prozent des Stromausgleichs in Europa kontrollieren.« Die Großproduktion und die Elektrifizierung Europas sind heute Realität. Anders als zu Zeiten von Marx oder Lenin ist ein gesellschaftlicher Fortschritt nicht per se mit Elektrifizierung verbunden, sondern, so Scheer, nur die ausschließliche Nutzung der erneuerbaren Energien kann ein vernünftiges Verhältnis von Mensch und Natur schaffen. Nur erneuerbare Energien verhindern die Abhängigkeit der Menschen von den Stromkonzernen, für die eine zentrale Stromproduktion aus Atom-Kohle-Öl oder Gas und dessen zentrale Verteilung im Mittelpunkt steht. »Die Weltkonzerne der Mineralölwirtschaft fördern große Teile ihres Erdöls auf der Basis entsprechender Förderlizenzen selbst, sie unterhalten die Pipelines und Raffinerien, organisieren die Verteilung und monopolisieren die Tankstellen.« Die zentrale Produktion und Verteilung von Strom ist zu einem doppelten Rückschritt geworden. Einmal wird die Natur, deren Teil der Mensch ja immer ist, durch die fossile Energienutzung zerstört, »die ja nicht nur eine globale Klimaveränderung hervorrufen, sondern auch lokale und regionale Luft-, Wasser-, Boden- und Waldschäden.« Zum anderen führt der Zentralismus der Energiekonzerne zu einer Abhängigkeit vieler Millionen von Menschen, von Staaten und ganzen Kontinenten.

Dagegen setzt Hermann Scheer die »Energieautonomie«. Er setzt auf lokale und regionale Energiekonzepte, die sich ausschließlich in einem breiten Mix, angepasst an die geografische Situation, aller erneuerbaren Energiequellen

bedienen. »Die autonome Energiebereitstellung, die nur mit erneuerbaren Energien für alle möglich ist, ist kein Notbehelf, sondern die generelle Perspektive.« Überzeugend zeigt der Autor, dass diese Autonomie nicht nur eine wichtige Grundlage tatsächlicher Demokratie ist, sondern dass die erneuerbaren Energien den Strombedarf aller Menschen und der Produktion mühelos liefern können. »Wenn es statt um Strombedarf um den Bedarf für Heiz- oder Kühlenergie geht, ist die direkte Nutzung der Solarwärme die denkbar effizienteste Möglichkeit. Geht es um Kraftstoffe für mobile Verkehrssysteme, haben die dezentral erzeugten und vermarkteten Biotreibstoffe einen klaren Systemvorteil gegenüber Wasserstoff, wenn zu dessen Verfügbarmachung mehr technische Umwandlungsschritte nötig sind.«

Verblüffend ist die Einfachheit, mit der der Autor besonders den kundigen Leser davon überzeugt, dass es keiner gigantischen Speicher für die Sonnen- oder Windkraftenergie bedarf, denn »Energiespeicherung ist immer dann notwendig, wenn es keine Gleichzeitigkeit zwischen Energiegewinnung und -nutzung gibt. In einem stark zentralisierten und internationalisierten atomar-fossilen Energieversorgungssystem ist diese Gleichzeitigkeit prinzipiell nicht möglich.« In der Energiepolitik gehe es nicht um Integration aller Energiequellen, sondern um Autonomie, denn Integration bedeute immer die Dominanz der fossilen Energiequelle. Scheer setzt sich nicht nur kritisch mit den internationalen Abkommen wie dem »Kyoto-Syndrom«, sondern auch mit der Anti-AKW-Bewegung der siebziger und achtziger Jahre auseinander, die er zwar als »treibende Kraft für erfolgte Aufbrüche zu erneuerbaren Energien« begreift, die aber lediglich »Energievermeidungsstrategien« verfolgt habe, was zwar nicht falsch sei, aber nicht den historischen Erfordernissen entspreche, die einen »Mentalitätswechsel« verlangten, der klar »Ja« zu den erneuerbaren Energien sage.

»Dezentralisierung statt Globalisierung«, lautet des Autors Motto, mit dem er einen wichtigen Weg aus der Ohnmacht beschreitet, die das Gerede über die Dramen der Globalisierung so mit sich bringt. Diese »Dezentralisierung« bedeutet Demokratisierung von Energiepolitik und macht den Menschen wieder zum handelnden Subjekt der eigenen Geschichte. Dieser

Weg, dessen ist sich Scheer bewusst, ist ein sehr konfliktreicher, der »weder auf revolutionärem Weg noch durch Versuche der Reformierung des vorhandenen Energiesystems stattfinden« könne. Er glaubt, dieser neue Weg könne durch »einen evolutionären Prozess des vitalen Anwachsens neuer Formen der Energiegewinnung und -nutzung neben den verwekenden atomaren und fossilen Energien« beschritten werden. Wenn immer mehr Kommunen, was in Spanien immer häufiger geschieht, statt ihre Stadtwerke zu privatisieren, diese zum Bestandteil dieser Evolution werden lassen und immer mehr Hausbauer sich dieser Evolution anschließen würden, käme das überholte fossile Konzept ins Schleudern.

Der Autor geht mit dieser evolutionären Strategie allerdings an einer Frage vorbei: Warum klammert sich die heutige Großproduktion so vehement an die atomar-fossilen Energiequellen? Es scheint doch so zu sein, dass, um mit Marx zu schließen, die Produktionsverhältnisse des heutigen Kapitalismus viel zu eng geworden sind, um so fortschrittliche Produktivkräfte ganz nach vorne zu bringen, wie sie bereits in modernen Solar- und Windkraftanlagen, aber auch in Automobilmotoren existieren, die ohne Kohlendioxid-Ausstoß unmittelbar mit landwirtschaftlichen Produkten verbunden werden könnten. Die Spezialisierung der Arbeit und der Arbeitsteilung, die mit der Großproduktion entstanden, entfremdeten den Menschen immer mehr vom gattungsmäßigen Tun seines Handelns. Egoistische Interessen bestimmen die Ökonomie der Konzerne, die kein aufklärerisches Motiv treibt – weshalb noch immer geglaubt werden kann, der Strom komme aus der Steckdose und eben nicht aus einer ganz bestimmten Aneignung der Naturstoffe und -kräfte durch den Menschen. Die kapitalistischen Energiekonzerne sind Konglomerate vieler – oft, wie bei E-on, tausender – Industrie-, Bank- und Versicherungsbetriebe, die nur eines interessiert: Wie akkumulieren wir am besten den angeeigneten Mehrwert der entfremdet arbeitenden Menschen? Die Energieautonomie ist daher ein wichtiger Teil des Kampfes um Emanzipation von diesen Profitgiganten.

JÜRGEN MEIER